

HANNAH

CHIARA

GEGEN DAS KLIMA DER GEWALT

**Unser riskanter Einsatz
zwischen Polizei und Aktivismus
für eine lebenswerte Zukunft**

KNAUR 

**Besuchen Sie uns im Internet:
www.droemer-knaur.de**



Originalausgabe November 2024

© 2024 Knaur Verlag

Ein Imprint der Verlagsgruppe

Droemer Knaur GmbH & Co. KG, München

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk darf – auch teilweise – nur mit
Genehmigung des Verlags wiedergegeben werden.

Die Nutzung unserer Werke für Text- und Data-Mining im Sinne
von § 44b UrhG behalten wir uns explizit vor.

Redaktion: Dr. Katharina Theml, Büro Z

Covergestaltung: ZERO Werbeagentur, München

Coverabbildung: © JANKO | Jan Kopetzky

Satz und Layout: Adobe InDesign im Verlag

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

ISBN 978-3-426-65946-5

2 4 5 3 1

LESEPROBE

Falsche Feindbilder

HANNAH Wenn die Probleme, die das System produziert, dennoch immer ersichtlicher werden, gibt es noch einen weiteren Trick, um tiefgreifende Systemkritik abzuwehren und stattdessen einfache Erklärungen für komplexe Probleme abzuliefern. Über ihre Plattformen richten Machthabende wie Politiker:innen und Superreiche, die – wie in Kapitel 5 erläutert – in den Medien überrepräsentiert sind, den symbolischen Zeigefinger auf ausgewählte Sündenböcke. So lenken sie die Aufmerksamkeit von sich und den wahren Ursachen ab und benennen Probleme dort, wo sie tatsächlich nicht liegen.

Ich kann nachvollziehen, dass sie damit in einer gebeutelten und überforderten Gesellschaft Erfolg haben, sogar auf offene Ohren stoßen. Ich kann nachempfinden, wenn es sich für viele Menschen erleichternd anfühlt, das Problem für ihre Unzufriedenheit in einfachen Erklärungen zu finden. Das heißt nicht, dass ich das richtig finde!

Als Feindbilder herhalten müssen diejenigen, die in der Gesellschaft sowieso schon schlechter gestellt sind, die, die sich am wenigsten dagegen wehren können. Heute sind das vor allem Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchtete, die nicht nur als Grund für Probleme dargestellt werden, als Last, als Plage, sondern als Gefahr. Ich glaube, dass die Verbreitung falscher Feindbilder deshalb so erfolgreich ist, weil sie damit eine tiefliegende menschliche Emotion besonders ansprechen und hervorrufen: Angst.

Falsche Feindbilder entwickeln, einmal ins Rollen gebracht, eine schwer aufzuhaltende Dynamik im öffentlichen Diskurs. Häufig beginnt es in Zeitungen und Fernsehtalkshows, wo Wörter wie »Flüchtlingswelle« und »Sozialschmarotzertum« in den Raum gestellt werden – Dysphemismen, die absichtlich eine negative und herabsetzende Bewertung beinhalten, jedoch kaum einer sachlichen Argumentation standhalten könnten. Diese bleibt jedoch meist aus, während die falschen Feindbilder sich, einmal in der Welt, verselbstständigen, indem sie von überzeugten Menschen weiter erzählt oder über soziale Medien oder andere niedrigschwellige Formate verbreitet werden. So wird mit falschen Feindbildern schnell diejenige kritische Masse an Menschen erreicht, die den tatsächlich Schuldigen und den Problemen im System nicht auf die Schliche kommen soll.

Ich kann nicht mehr zählen, wie oft ich bei Protestaktionen dazu aufgefordert wurde, doch erst einmal etwas gegen »die ganzen Flüchtlinge« zu machen, bevor ich mich um das

Klima kümmere. Sie wären schließlich das Problem. Häufig habe ich auch zu hören bekommen, dass Menschen die Schuld für ökologische Krisen nicht im komplexen wirtschaftlichen System, sondern bei benachteiligten Gruppen wie bei Geflüchteten suchten. »Die kriegen so viele Kinder, das muss man erst mal beenden«, heißt es dann, »wir sind einfach zu viele Menschen auf der Welt!« Mir macht es Angst, darüber nachzudenken, wohin diese Denkweise führt. Während solche Menschen selbst falsche Feindbilder in die Welt tragen, scheint ihnen nicht bewusst zu sein, dass die vom System Profitierenden währenddessen weiter das antreiben, was uns tatsächlich Angst machen sollte.

CHIARA Es ist bemerkenswert, dass ausgerechnet die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) dazu beitragen kann, falsche Feindbilder zu untermauern. Die PKS liefert jedes Jahr Zahlen und Fakten über die Entwicklung der Kriminalität in Deutschland. Sie vermittelt der Bevölkerung damit auch einen Eindruck von der Sicherheitslage hierzulande. Die PKS ist eine Ausgangsstatistik der Polizei – es hat also noch kein Gericht zum Beispiel ein Urteil über die Einstellung von Verfahren aufgrund von Schuldausschließungs- oder Rechtfertigungsgründen gefällt, wie es bei Geflüchteten oft der Fall ist. Geflüchtete sind im Sinne der PKS erst einmal Straftäter:innen. Unerlaubt Eingereiste, unerlaubt Aufhältige und mitunter wie einige Familienväter Schleuser:innen.

Es macht mich betroffen, dass falsche Feindbilder zusätzlich dadurch geschürt werden, dass ein eigentlich so legitimes Verhalten als gesetzeswidrig bewertet wird und von mir in der Vergangenheit deshalb schon so oft angezeigt werden musste. Diese Bewertung widerspricht der Lebensrealität geflüchteter Menschen. Es wird eine unzutreffende Bedro-

hungslage heraufbeschworen, die noch einmal verschärft wird, wenn andere Menschen sie mit persönlichen Eindrücken anreichern («Man muss doch nur mal in den Park schauen, da hängen sie doch immer rum!«) und so einen falschen Kontext herstellen. Menschen, die bei der Suche nach einer Existenz mit einem einzigen Grenzübertritt auf dem Papier gleich mehrere Straftaten begehen, werden in der Öffentlichkeit implizit mit Vergewaltigern und Gewaltbereiten gleichgesetzt oder explizit zu solchen erklärt, die den »normalen Menschen« in Parks und öffentlichen Verkehrsmitteln auflauern würden. Sie seien »kriminell«, und das bedeute wiederum, sie seien »gefährlich«.

»Ich bin selbst seit Jahrzehnten Bundespolizistin. [...] Wenn Menschen zu uns kommen und Asyl beantragen und ein Richter nach Prüfung aller Fakten zu dem Schluss kommt, dass der Antragsteller kein Recht hat, hier zu leben, dann versteht niemand, dass solche Menschen einfach hierbleiben dürfen. [...] Allein die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen zu können, ohne ängstliche Blicke nach links und rechts werfen zu müssen, gehört zum Beispiel zu den Alltagsproblemen, die viele, insbesondere ältere Menschen und auch Frauen, belasten. Hier für Verbesserungen zu sorgen, sollte uns grundsätzlich hundertmal wichtiger sein, als darüber nachzudenken, ob wir ein Gendersternchen setzen.«⁶³ So lauteten Claudia Pechsteins Worte, als sie 2023 eine Rede auf einer CDU-Veranstaltung hielt. Ich denke, dass Geflüchtete selbst grundsätzlich niemanden gefährden, sondern vor allem durch die Erzeugung falscher Feindbilder wie diesem zunehmend selbst gefährdet sind – und Angst haben müssen vor der Ablehnung durch die Mehrheitsgesellschaft, vor Anfeindung und gewalttätigen Angriffen. Das behördliche Disziplinarverfahren gegen Claudia Pechstein, welches gegen sie eingeleitet wurde, weil sie ihre Rede in Polizeiuniform ge-

kleidet hielt, wurde gegen die Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 500 Euro eingestellt. In meinem Disziplinarverfahren gab es bis zur Fertigstellung dieses Buches übrigens noch keine Entscheidung.

HANNAH Die Gleichsetzung von »Kriminalität« und »Gefährlichkeit« ist besonders absurd, wenn man sich vor Augen führt, wie fragwürdig die Definition von Kriminalität in diesem Zusammenhang ist. Denn interessant ist nicht nur, wer in der PKS auftaucht, sondern auch, wer in der PKS nicht auftaucht. Polizist:innen, die bei Polizeigewalt aus verschiedenen Gründen nicht angezeigt werden. Großunternehmen, die für die Ausbeutung von Menschen immer wieder das nächste rechtliche Schlupfloch finden. Cum-Ex-Skandal, Sommermärchen-Skandal, Diesel-Skandal. Nur ein Bruchteil des Gesamtausmaßes der Kriminalität dieser einflussreichen Menschen, die die Gemeinschaft in großem Stil täuschen und sich an ihr bereicherten, wird von der Polizeilichen Kriminalstatistik erfasst. Es scheint, als würden die großen systemischen Ungerechtigkeiten, die erheblichen Schaden für zahlreiche Menschen verursachen, bei der Definition von Kriminalität unberücksichtigt bleiben, während das regelwidrige Verhalten Benachteiligter überbetont wird.

Kriminalität entsteht in unserem Werteverständnis aktuell dort, wo Menschen gegen die profitorientierten Regeln verstoßen. Kriminell ist, wer sich seine Grundbedürfnisse erfüllt oder daran erkrankt, dass sie nicht erfüllt werden. Legitim ist, Mensch und Umwelt auszubeuten. Wirtschaftskriminelle werden nicht wie Geflüchtete oder Klimaaktivist:innen von einer bewaffneten Polizei verfolgt, sondern durch unterbesetzte und mittellose Steuer- und Finanzermittler:innen. Das ist absurd.

CHIARA Das Erzeugen von Angst hat aus meiner Sicht zur Folge, dass eine weitere tiefliegende menschliche Emotion in der Bevölkerung angesprochen wird. Als Folge falscher Feindbilder artikuliert die Bevölkerung ihre Wut dann gegen die vermeintliche Quelle der Angst, es resultiert in einem kollektiven Gefühl von »Wir« gegen »Die«. »Man« müsste etwas tun, um »uns« vor »denen« zu schützen. Nun sind viele Menschen offen und gar dankbar für die Vorschläge der Verursacher:innen der Angst, die inkohärente Lösungen anbieten, um die vermeintliche Quelle der Angst zum Versiegen zu bringen. Der häufigste dieser Lösungsvorschläge lautet: mehr Gefahrenabwehr, mehr Kontrolle – mehr Polizei für mehr Sicherheit. Mehr systematische staatliche Verfolgung und Bekämpfung zuvor konstruierter Feindbilder, deren Ergebnis sich wiederum in der PKS widerspiegeln wird. Aber tatsächlich bedeutet das: mehr Gewalt für mehr Probleme.

HANNAH Aber Gewalt ist keine Lösung, sie führt zu mehr Problemen und mehr Gewalt. Ein Teufelskreis.

Bereits in ihren Entstehungszeiten wurde die Polizei in Abhängigkeit davon erweitert, welches Verhalten die herrschende Klasse kriminalisierte und als strafbares Verhalten definierte. Es handelte sich dabei grundsätzlich um Verhalten, welches hauptsächlich durch Menschen der armen Bevölkerungsschichten ausgeübt wurde und das vor der Einführung der Polizei oftmals noch legal und akzeptiert war. Beispiele sind Landstreicherei oder Glücksspiel. Eine zunehmende Kriminalität, wie sie durch die PKS jährlich vermittelt wird, ist auch heute oft nicht die Ursache, sondern die Folge des Ausbaus der Polizei.

Konkret kann man das an stetig neuen Aufgabenzuweisungen und Befugnisnormen für die Polizeien von Bund

und Ländern beobachten, die Überwachung, Diskriminierung und Kontrolle zunehmend legalisieren und normalisieren und ein einst ungeahntes Ausmaß an Eingriffen in Grundrechte zulassen. Wir werden gleich noch darauf eingehen, wie der Ausbau der Sicherheitsbehörden auf eine weitere Weise systemstabilisierend funktioniert – indem er gegen politische Gegner:innen eingesetzt wird.

CHIARA Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs durfte die Bundesrepublik Deutschland keine Streitkräfte unterhalten, 1951 aber eine militärisch ausgerüstete Bundesgrenzschutztruppe aufstellen. Aus dieser ehemaligen Bundesgrenzschutztruppe entstand über die vergangenen Jahrzehnte die 2005 als solche umbenannte und mittlerweile 50 000 Personen starke Bundespolizei, der seither zunehmend Aufgaben zugewiesen und deren Befugnisse stetig erweitert werden.

Im April 2024 beriet der Bundestag über einen Entwurf des Bundeskabinetts zur Reform des Bundespolizeigesetzes, der umfassende Befugnisserweiterungen bei der Datenabfrage, bei der Ausstellung von Meldeauflagen bei der Bundespolizei und der Telekommunikationsüberwachung enthält.⁶⁴ Erst 2021 hatte der Bundestag den Gesetzentwurf »zur Modernisierung der Rechtsgrundlagen der Bundespolizei« angenommen, der zahlreiche neue Befugnisse wie für die Abschiebehaftbeantragung von Ausländer:innen beschließt.⁶⁵ Auch viele Bundesländer wie Bayern und Nordrhein-Westfalen verabschiedeten trotz starker Kritik neue Polizeigesetze.⁶⁶

HANNAH Je gefährlicher die Krisen des Systems werden, desto stärker werden falsche Feindbilder erschaffen. Während Benachteiligte oft als falsche Feindbilder herhalten müssen, wird die Aufmerksamkeit von den eigentlichen Ursachen so-

zialer Probleme abgelenkt. Mit dieser Strategie wehren die Machthabenden einen eigentlich drohenden Legitimationsverlust ab und sorgen stattdessen für Zustimmung zu immer neuen Erweiterungen der Polizei. Wer nun aber die Ursachen angehen, wer dieses schädliche System verändern oder daraus aussteigen, wer Lebensgrundlagen retten, Gemeinwohl fördern, Demokratie stärken und den Verfassungsbruch verhindern will – der bekommt es erst recht mit der Staatsgewalt zu tun.

Das Polizei-Paradox

CHIARA Der Kapitalismus hat ebenso wie jede andere Wirtschaftsordnung keinen Verfassungsrang. Die Wirtschaftsordnung der Gesellschaft zu ändern, steht grundsätzlich nicht im Widerspruch zur Verfassung. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits 1954 festgelegt, dass das Grundgesetz die soziale Marktwirtschaft nicht garantiert, es spricht von einer »wirtschaftspolitischen Neutralität«⁶⁷ des Grundgesetzes. Trotzdem scheint es, als könnten wir – die Bürgerinnen und Bürger – über einen Ausstieg aus dem Kapitalismus oder die Wirtschaftsordnung insgesamt nicht flexibel bestimmen. Eine wirtschaftspolitische Neutralität der Regierungs- und Gesetzgebungsgewalt garantiert das Grundgesetz nämlich nicht, und mit Blick auf die letzten Kapitel und die Erkenntnis, welchen Einfluss die wirtschaftlich Profitierenden auf die politischen Entscheidungsträger:innen haben, wird klar, warum sich ein solcher Vorschlag in keinem großen Parteiprogramm findet. Es gibt keine Partei, die sich zu diesem Vorschlag durchringen kann. Man kann den Kapitalismus nicht einfach abwählen.

HANNAH Es ist absurd, dass die Bevölkerung nicht über ihre eigene Wirtschaftsordnung entscheiden kann. Selbst bei Eingriffen in das Eigentumsrecht, die eine breite Mehrheit gutheißen würde, scheint es bei der Bürger:innenbeteiligung unüberwindbare Hürden zu geben. Eine Volksabstimmung zur Enteignung des Wohnungskonzerns DW, Inhaber von hunderttausend Wohnungen und Verursacher regelmäßiger Mietsteigerungen, und zur Umwandlung der Immobilien in gemeinschaftliches Gut führte 2021 in Berlin dazu, dass das Ergebnis der Volksabstimmung durch die Bürgermeisterin nicht angenommen wurde.⁶⁸ Zuvor hatte eine deutliche Mehrheit für die Enteignung gestimmt, die zum Wohl der Allgemeinheit verfassungsrechtlich zulässig ist.

Welche Möglichkeiten haben Menschen, sich unmittelbar für drastische Veränderungen der Lebensbedingungen einzusetzen, wenn der Staat derartige Anstrengungen unternimmt, das Eigentum von wenigen statt das Wohl aller zu schützen?

Im April 2022 habe ich mit großem Interesse einen Prozess am Arbeitsgericht Berlin verfolgt. »Unsere Löhne wurden gestohlen. Wir waren ständig unterbesetzt. Wir wurden zu irrsinnigen und illegalen Schichten eingeteilt, die gegen die Arbeitszeit-Regelung verstoßen.« Diese Bedingungen hätte Duygu Kaya dem Richter gerne geschildert, ebenso wie die insgesamt schwierigen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt für Menschen mit Migrationshintergrund. Der Richter ließ Kayas Erklärung jedoch nicht zu, ich habe sie erst später in der Zeitung gelesen. »Das ist hier keine politische Bühne«, sagte er im Gerichtssaal.

2021 hatten Kaya und zwei andere Fahrer des Berliner Fahrradkuriers Gorillas eigeninitiativ die Arbeit niedergelegt und waren in einen Streik getreten, um bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, und wurden daraufhin von ih-

rem Arbeitgeber gekündigt. Vor Gericht wurden diese Kündigungen, ohne Kayas Erklärungen anzuhören, bestätigt, denn in Deutschland sind Streiks nur zulässig, wenn sie von einer Gewerkschaft organisiert werden und etwas ganz Bestimmtes fordern: Geld. Spontane Arbeitsniederlegungen wie die der Fahrradkurierfahrer:innen aus Berlin ohne den Aufruf einer Gewerkschaft oder Streiks für ein politisches Anliegen gelten in Deutschland nicht als legal. Sie werden als »wilde Streiks« bezeichnet, ein weiterer Dysphemismus.

Im April 2023 wurde das Urteil des Arbeitsgerichts auch in zweiter Instanz bestätigt. Der Anwalt der Kurierfahrer:innen hatte vorher noch erklärt, das heutige Streikrecht sei im Nationalsozialismus entstanden, es habe dazu gedient, die Arbeiter:innen zu kontrollieren. Aber es half nichts.⁶⁹

Ich finde das bemerkenswert, denn so wird per Gesetz verhindert, dass Lohnabhängige ihre kleine Macht – dass nicht nur sie von ihrem Lohn, sondern die Unternehmen auch von ihrer Arbeit abhängig sind – strategisch einsetzen können. Sie können zwar durch das Erstreiten von Geld den Grad ihrer Ausnutzung beeinflussen, ihre Macht aber nicht dafür einsetzen, die systematischen Bedingungen insgesamt zu ändern.

Vor diesen Hintergründen sehe ich auch die steigenden Zahlen zu psychischen Erkrankungen in einem ganz anderen Licht. Eine Krankschreibung oder auch eine Arbeitslosigkeit sind Wege, mindestens temporär und legal aus den Bedingungen des alltäglichen Hamsterrades auszusteigen. Im Oktober 2016 nutzten Beschäftigte der Fluggesellschaft Tuifly dieses Mittel auch für einen wilden Streik. 90 Prozent des Cockpitpersonals und über 60 Prozent des Kabinenpersonals haben sich krankgemeldet, nachdem die Airline überraschend Umstrukturierungspläne bekannt gegeben hatte.⁷⁰

CHIARA Polizist:innen selbst dürfen übrigens überhaupt nicht streiken, weder gegen ihre Arbeitsbedingungen noch für mehr Geld.

Wie kann man sich sonst noch gegen ein System zur Wehr setzen, welches Menschen zu Unrecht benachteiligt und Lebensgrundlagen bedroht? Was wäre, wenn Menschen ihre Freiheit nicht lediglich in der Entscheidungsfreiheit, wo sie ihr Geld verdienen können, sehen würden? Wenn sich Menschen ihre elementarsten Bedürfnisse einfach selbst und unmittelbar erfüllen, sich an Nahrung und Wohnraum bedienen? Sie bekämen es mit der Polizei zu tun. Sozial Benachteiligte werden zu Dieb:innen und Leistungserschleicher:innen, wenn sie sich ihre Bedürfnisse nach Nahrung und Mobilität nicht anders erfüllen können. Auch wer Lebensmittel aus den Containern der Supermärkte oder aus der Natur nimmt, begeht juristisch gesehen einen Diebstahl. Im Jahr 2019 wurden zwei Student:innen zu einer Geldstrafe verurteilt, weil sie Lebensmittel aus einer Supermarktmülltonne genommen hatten. Auch in der zweiten Instanz wurde das Urteil bestätigt: Selbst der Müll gilt als Eigentum der Supermärkte, das Containern folglich als Diebstahl.⁷¹

HANNAH Wer wie in Lützerath verlassene Häuser oder wegen finanzieller Spekulationen leer stehende Häuser bezieht und einfach dort lebt, weil es sonst keine:r tut, wer in den verlassenen Gärten dieser Häuser Gemüse für den Eigenbedarf anbaut, wird als Hausfriedensbrecher:in und Vandalist:in betrachtet. Am Ende des Tages ist die Nachricht unmissverständlich: Ich verhalte mich illegal, ich bin nicht geduldet. Wo würden wir denn hinkommen, wenn plötzlich alle so zusammenlebten? Wenn Menschen einfach anfangen zu leben, hier und heute?

Und was wäre erst, wenn sich Menschen der kapitalistischen Ausbeutung und den Gefahren für die Umwelt selbst in den Weg stellen, wenn es sonst keiner tut? Wenn sie dort protestierten, wo die Ungerechtigkeit am größten ist?

Die Polizei schützt diejenigen, die sich mit dem Erwerb von Eigentum auch das Recht auf die Zerstörung und die Bereaubung der Natur erkaufte haben. Es sind auch Firmen wie RWE und Tesla, vor deren Maschinen und Gebäuden sie sich aufstellen, deren Grund und Boden die Polizei vor denjenigen schützt, die das Wohl aller Lebewesen bewahren und Wälder und Trinkwasser retten wollen. Menschen, die sich dem Gemeinwohl verpflichtet haben. Die Ursache dafür, dass diese lebensbedrohlichen Zerstörungen überhaupt möglich sind, ist für mich eng mit der ursprünglichsten Aufgabe der Polizei verbunden. Der Staat schützt durch die Polizei das Recht auf Eigentum und Profite von privaten Unternehmen, selbst wenn diese Lebensgrundlagen zerstören oder Menschenrechte gefährdet werden.

Gaspipelines abzudrehen, Wälder zu besetzen oder sich mit etwas Klebstoff auf Asphalt zu kleben und dabei andere zu einem Stehenbleiben oder Umweg zu nötigen, das erfüllt zwar strafrechtliche Tatbestände, entbehrt aber wohl jeder objektiven Begründung einer Gefährdung der Bevölkerung. Im Gegenteil – es ist das, was es jetzt braucht, um eine notwendige Kehrtwende einzuleiten, das, was jetzt darauf aufmerksam machen soll, dass wirkungsvolle Maßnahmen beschlossen werden müssen, um die drohenden Gefahren für unsere Gesellschaft langfristig abzuwehren.

CHIARA Nicht nur die *BILD*-Zeitung, Deutschlands meistverkaufte überregionale Tageszeitung, kommt hier regelmäßig zu einer anderen Bewertung, wenn sie selbst die Dialogver-

anstaltungen der *Letzten Generation* als Unterwanderung der Polizei bezeichnet. Sondern sogar Lobbyist:innen oder Vertreter:innen der Polizei schüren Angst vor Aktivist:innen und Protestierenden. Es entbehrt jeder Grundlage, wenn eine Gruppe, die sich dem gewaltfreien Protest verpflichtet hat und kein Ereignis etwas Gegenteiliges beweist, von der Polizei als gewalttätig und aggressiv dargestellt wird.

Die Bundespolizei bewirbt jedes Jahr die »Panther-Challenge«, das angeblich härteste Schülerpraktikum Deutschlands. Bundesweit können Jugendliche an Standorten von Einsatzhundertschaften in die Rollen von Bundespolizist:innen schlüpfen. 2023 veröffentlichte die Bundespolizeiabteilung Bad Bergzabern ein Video ihrer Panther-Challenge, in dem Jugendliche mit Helm ausgestattet vor Wasserwerfern marschieren und sich dann auf eine Gruppe Protestierende stürzen, die als gewalttätig und aggressiv dargestellt werden. Auf ihren Schildern steht »*Mensch und Umwelt vor Profit*«, die Farbe ihrer Bengalos ist orange, so wie die Farbe der *Letzten Generation*.⁷²

Auch dieses Narrativ wird weitergetragen und manifestiert sich in Ablehnung oder gar Hass und Gewalt, wenn Menschen ihren heruntergeschluckten Frust auf Klimaaktivist:innen projizieren und – wie geschehen – Autofahrer:innen Aktivist:innen an den Haaren von der Straße zerren, ein Fahrer einen Protestierenden mit seinem Lastwagen anfährt oder Passant:innen auf die Aktivist:innen einprügeln.

HANNAH Indem Klimaaktivist:innen kriminalisiert werden, wird der rechtliche und personelle Zuwachs der Polizei als immer notwendiger angesehen, um die Bevölkerung vor »Kriminellen« wie mir zu schützen. Ich höre, wie Menschen sich nach der »starken Hand des Staates« sehnen, nach ei-

nem »harten Durchgreifen«, ich sehe, wie Tesla mit seiner Werkserweiterung noch mehr Wald und Wasserschutzgebiet vernichtet und wie die Polizei mit immer noch mehr Macht ausgestattet wird, um das zu ermöglichen.

Die Befugnisse der Polizei werden zunehmend gegen politische Kritiker:innen eingesetzt. Beispiele sind die Präventivhaft in Bayern gegen Protestierende der *Letzten Generation* oder die Überwachung ihres Pressetelefons 2023, die erst aufgrund des konstruierten Verdachts der Bildung einer Kriminellen Vereinigung im Sinne des § 129 StGB möglich war – Maßnahmen, die eigentlich der Terrorismusabwehr oder der Bekämpfung mafiöser Strukturen dienen. Statistische Auswertungen zeigen, dass seit 2019 in Nordrhein-Westfalen in Langzeitgewahrsam genommene Menschen zu einem Drittel Klimaaktivist:innen waren. Die Begründung 2018 für die umstrittene Einführung dieser Befugnis auch hier: internationaler Terrorismus.⁷³ Chiara und ich führen oft Gespräche darüber, wie so etwas passieren kann. Bei mir schleicht sich ehrlich gesagt ziemlich aufdringlich der Eindruck ein, dass diese Befugnisse von vornherein dafür gedacht und gemacht sind, politisch unliebsame Meinungen zu unterdrücken und andere Begründungen wie die Bekämpfung von (falschen) Feindbildern oder die Terrorismusabwehr nur den legitimen Schein wahren. Chiara vermutet, dass Befugnisse, die eigentlich anderen Zwecken dienen, missbräuchlich gegen Klimaaktivist:innen und andere Systemkritiker:innen angewandt werden.

In Zeiten, in denen das Versagen des Systems immer deutlicher wird, wird die Polizei jedenfalls aufgerüstet, verhindert überfällige Veränderungen und schützt ein längst nicht mehr zeitgemäßes System. Ein ungerechtes und gefährliches System wird durch die Staatsmacht aufrechterhalten – notfalls mit Gewalt.

Initiativen wie die Klimagruppe *Ende Gelände* werden gar vom Verfassungsschutz beobachtet, weil sie sich kapitalismuskritisch äußern. Im Jahresbericht des Berliner Verfassungsschutzes hieß es 2020: »Der Zusammenschluss stellt sich nach außen als Klimaschutz-Akteur dar. Dabei wird verschleiert, dass die tatsächlichen Ziele darüber hinausreichen.« Zur Erklärung hieß es dann: »Sie nutzen den Protest und das sich in diesem Rahmen manifestierende Unzufriedenheitspotenzial, um die Situation verbal zu einer ›Systemkrise‹ zuzuspitzen.«⁷⁴

»Wer den Kapitalismus abschaffen will, handelt gegen die Verfassung«, soll bereits ein ehemaliger Bundeskanzler gesagt haben.

Es gilt als akzeptabel, die Klimakatastrophe als Problem zu identifizieren und sie lösen zu wollen. Sucht man dann aufrichtig nach Ursache und Lösung, wird man jedoch zum Verfassungsfeind erklärt? In jedem Fall bin ich keine Verfassungsfeindin. Es ist nicht einmal erheblich, ob ich es gut finde, dass einigen Menschen ein Stück Boden gehört und anderen eben nicht. Der Punkt ist, dass der Kapitalismus jede Verpflichtung zum Dienst des Eigentums zum Wohle der Allgemeinheit und damit seine eigene fragwürdige Begründung unterläuft – genau wie die Menschenrechte. Ein ausbeuterisches Wirtschaftssystem, welches die Ursache für die Vernichtung des menschlichen Lebens auf der Erde ist – das ist der Feind unserer Grund- und Menschenrechte, unserer Freiheit und unserer Sicherheit. Unserer Verfassung. Was ist die Klimakatastrophe, wenn sie keine Kapitalismuskrise ist?

CHIARA Durch die zunehmende Instrumentalisierung der Polizei, um den Kapitalismus zu verteidigen, ergibt sich ein Interessenskonflikt, den wir Polizei-Paradox nennen. Einer-

seits sind Polizist:innen in einem demokratischen System der Wahrung von Grundrechten verpflichtet; andererseits schützen sie ein wirtschaftliches System, das diese gefährdet. Die Grundrechte sind Abwehrrechte, das bedeutet, dass sie von Menschen gegenüber der staatlichen Autorität nicht erst in einem rechtlichen Verfahren erkämpft werden müssen, um sie wahrnehmen zu können, sondern dass der Staat nicht willkürlich in sie eingreifen kann.

Das ist historisch gesehen keine Selbstverständlichkeit, es ist eine positive Entwicklung. Heute binden die Grundrechte Gesetzgebung, vollziehende Gewalt – also auch die Polizei – und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht, so steht es in Artikel 1 des Grundgesetzes.

Für die Polizei bedeutet das, dass sie erst einmal überhaupt kein Recht zu irgendeinem Eingriff in die Grundrechte hat, wenn sich in ihrem Polizeigesetz keine Erlaubnis dazu findet. In dem Vertrauen darauf, als Polizistin auf dem Boden unseres Grundgesetzes für nichts als Sicherheit und Gerechtigkeit zu stehen, leistete ich einmal mit Stolz meinen Eid.

In der Praxis kann ich diesem Anspruch immer weniger gerecht werden. Ich stelle mir ernsthaft die Frage: Wenn der Kapitalismus zum Verfassungsbruch führt, werden Polizistinnen und Polizisten dann nicht selbst auch immer öfter zu Verfassungsbrecher:innen und immer seltener zu echten Hüter:innen der Gerechtigkeit?

HANNAH Was hat sich also tatsächlich geändert, seitdem die Polizei den Wohlstand, die Ordnung und das Eigentum der herrschenden Klasse sicherte? Ich finde: viel zu wenig. Machthabende verteidigen durch die Polizei den Status quo gegen diejenigen, die ihn verändern wollen, die Zerstörung

erreicht immer größere Dimensionen, am Ende der Schneise droht die Auslöschung des menschlichen Lebens.

Um eine Sicherheit zu schützen, die keine Sicherheit ist, wird die Polizei immer mehr verstärkt, greift immer mehr in die Freiheiten der Menschen ein – jeder konstruierte Widerspruch zwischen elementarer Sicherheit und Freiheit lenkt letztlich jedoch davon ab, dass aktuell beides von derselben, eben von dieser Ordnung gefährdet wird. Wir sind nicht gleich. Wir sind nicht frei. Wir sind nicht sicher.

Solange Profit mehr wiegt als die Menschlichkeit, wird schlussendlich auch die Polizei durch den Kapitalismus instrumentalisiert. Und solange das so ist, folgere ich, dass sie die ausführende Gewalt des Profitzwanges ist, nicht des Volkes, dass sie nicht Freund und Helfer der Gemeinschaft ist, sondern die Hüterin der Ungerechtigkeit. Und dadurch stehen sich Polizist:innen und Klimaaktivist:innen zunehmend feindlich gegenüber, die als Menschen doch eigentlich das gleiche Ziel verfolgen sollten: die Verteidigung einer demokratischen Gerechtigkeit aus Freiheit, Gleichheit und Sicherheit.